

Gegen Kinderarmut, für mehr soziale Teilhabe

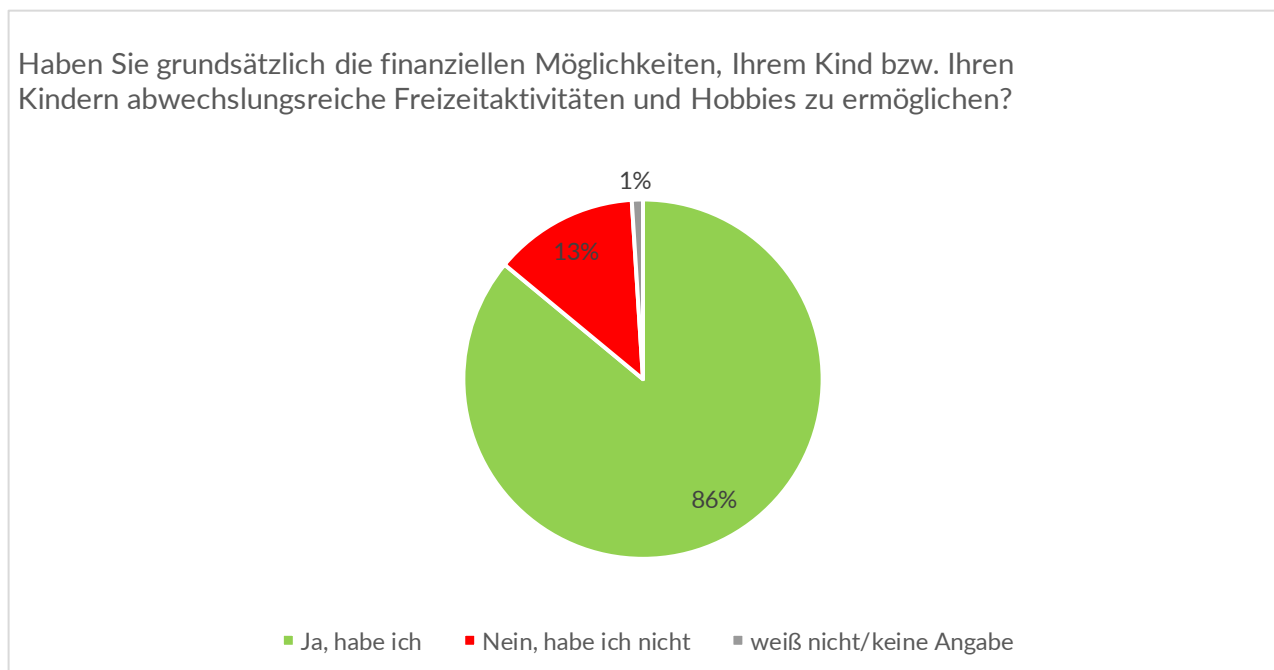
Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern schulpflichtiger Kinder im August 2024

Vorbemerkungen Save the Children

Im August 2024 hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag von Save the Children Deutschland e.V. eine Umfrage unter 1000 Eltern schulpflichtiger Kinder in Deutschland zum Thema Kinderarmut und soziale Teilhabe durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden am 10.09.2024 mit einer [Pressemitteilung](#) der Öffentlichkeit vorgestellt. In diesem Dokument folgt eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse aus Sicht von Save the Children und damit verbundene politische Ableitungen aus Sicht der Kinderrechtsorganisation. Anschließend folgt die Übersicht über die kompletten Ergebnisse inklusiver soziodemographischer Aufschlüsselungen, die auf diesem Wege noch einmal in Gänze zugänglich gemacht wird.

Einordnung wesentlicher Ergebnisse durch Save the Children

Abwechslungsreiche Freizeitaktivitäten? Oftmals Fehlanzeige

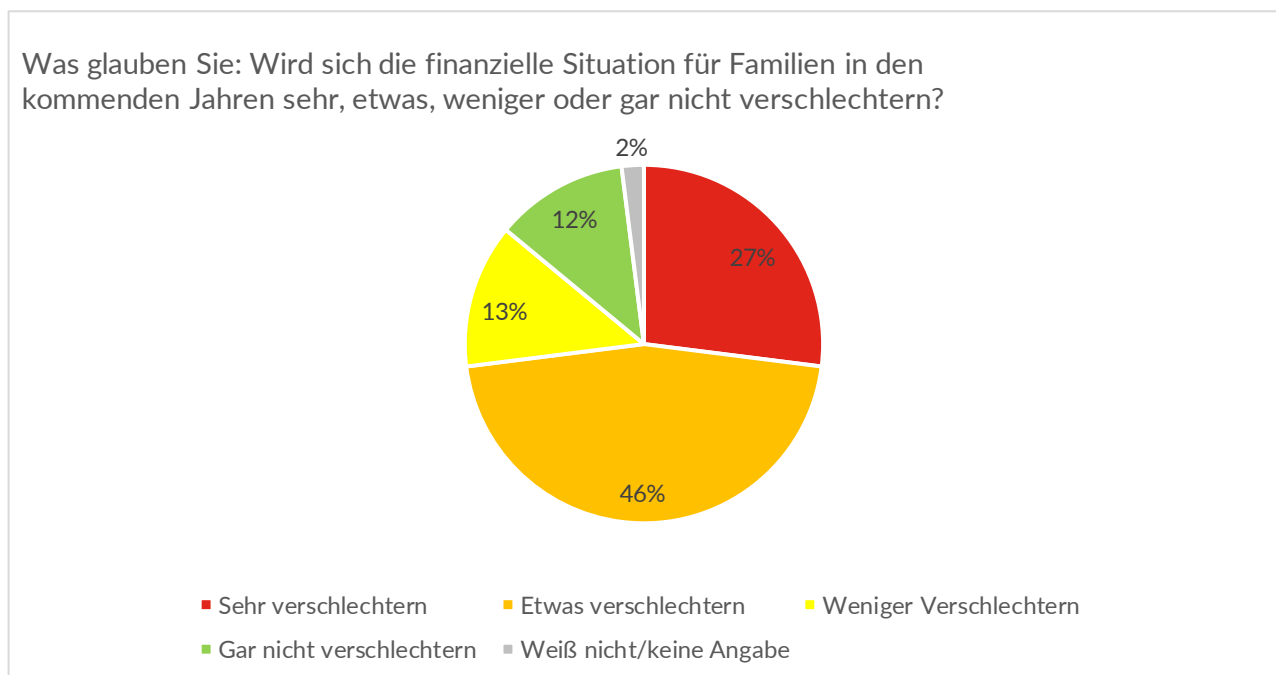


13 % aller befragten Eltern geben an, nicht die finanziellen Möglichkeiten zu haben, ihren Kindern abwechslungsreiche Freizeitaktivitäten und Hobbies zu ermöglichen. Der Anteil der Eltern, der diese Aussage trifft, nimmt mit sinkendem Einkommen zu und ist bei alleinlebenden Elternteilen ebenfalls überdurchschnittlich hoch.

Die Umfrage bestätigt erneut die immer wieder dokumentierten Auswirkungen von finanziellen Ungleichheiten, wenn es um die Wahrnehmung von Kinderrechten geht. Dabei hat jedes Kind laut [UN-Kinderrechtskonvention](#) die gleichen Rechte auf soziale Teilhabe, wie es zum Beispiel in Artikel 31 Absatz 1 mit „Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben“ festgehalten ist.

Politische Maßnahmen gegen Kinderarmut müssen sich aus Sicht von Save the Children daran messen lassen, diese Benachteiligungen zu beenden und gleiche Teilhabechancen für alle Kinder in Deutschland zu schaffen, unabhängig davon wo sie geboren sind

Finanzielle Unsicherheiten bei Eltern an der Tagesordnung

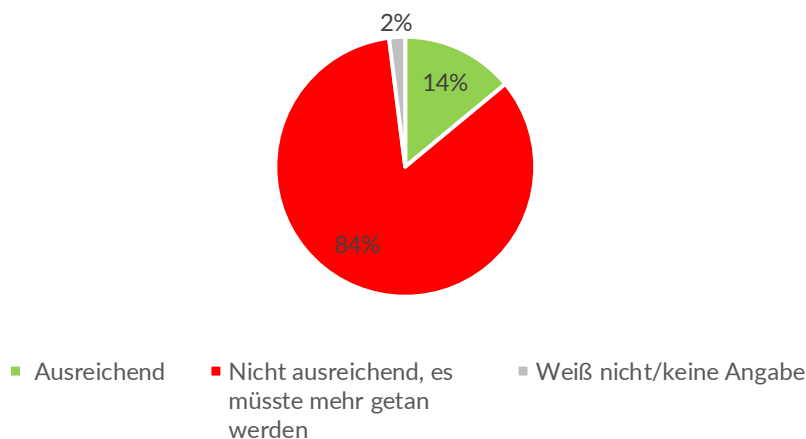


Eine große Mehrheit (73%) der befragten Eltern geht davon aus, dass sich die finanzielle Situation von Eltern in den kommenden Jahren verschlechtern wird. Diese Sorgen werden bei Personen mit niedrigerem Haushaltseinkommen öfter geäußert als bei Besserverdienenden, sind höher bei alleinlebenden Elternteilen, steigen mit der Anzahl der Kinder und werden von Frauen öfter geäußert als von Männern.

Die Umfrage zeigt, dass finanzielle Unsicherheiten zum Alltag von Familien in Deutschland gehören. Das aktuelle Leistungssystem mit seinem Wirrwarr an bürokratischen und unübersichtlichen Leistungen trägt hier aus Sicht von Save the Children nicht ausreichend zur Lösung bei. Viele Anspruchsberechtigte wissen oft nicht, welche Unterstützung ihnen zusteht, oder sie verzichten auf Anträge, weil der Prozess zu kompliziert ist. Sozialpolitische Maßnahmen gegen Kinderarmut müssen aus Sicht von Save the Children diesen Familien signalisieren, dass der Staat sie nicht im Stich lässt und sie abgesichert sind. Dabei ist es entscheidend, dass die finanzielle Unterstützung gezielt bei denjenigen ankommt, die sie am dringendsten benötigen.

5 Euro mehr reichen auch den Eltern nicht

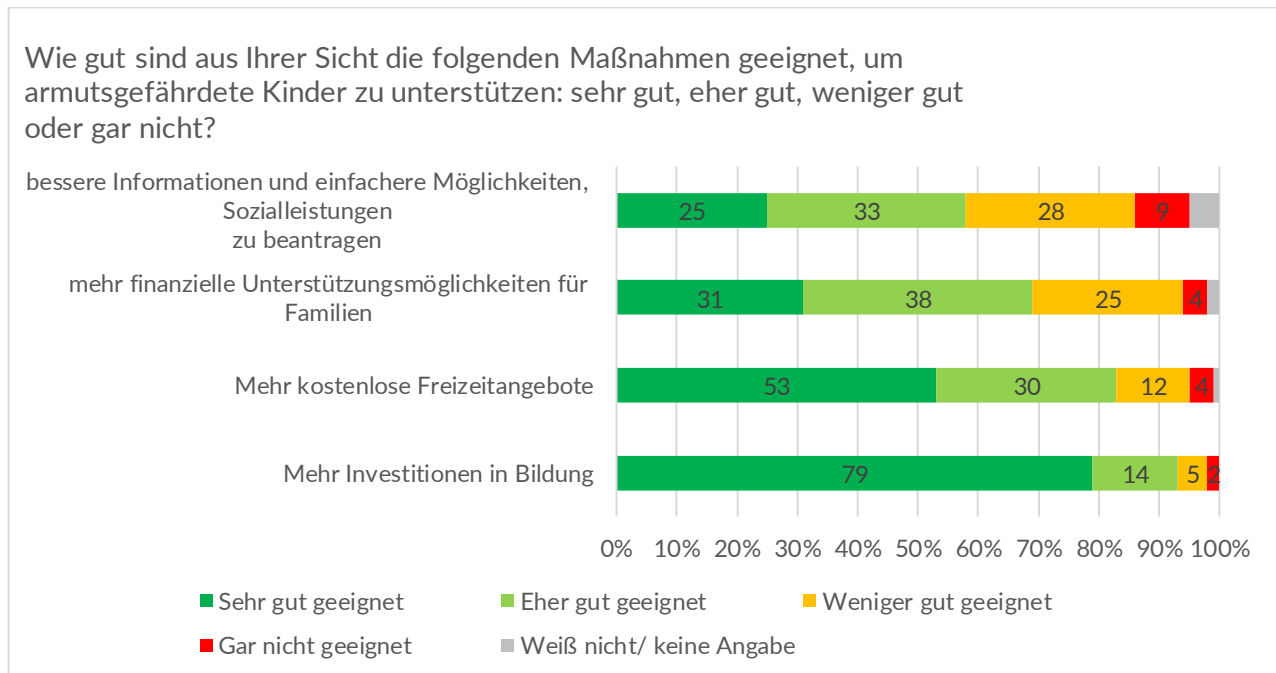
Laut offizieller Statistik gilt in Deutschland mehr als jedes fünfte Kind als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Bundesregierung plant nun für das nächste Jahr, das Kindergeld um 5 Euro auf 255 Euro pro Monat und den Kindersofortzuschlag für Familien, die Sozialleistungen beziehen, um 5 Euro auf 25 Euro pro Monat zu erhöhen. Halten Sie diese Maßnahmen für ausreichend, um Kinderarmut zu bekämpfen oder müssten da noch weitergehende Maßnahmen ergriffen werden?



Die Bundesregierung hat sich im Zuge ihres Haushaltsentwurfs 2025 auf eine Erhöhung des Kindergeldes und Kindersofortzuschlages um 5 Euro pro Kind und Monat geeinigt. Eine überwältigende Mehrheit der befragten Eltern (84%) gab an, das sei nicht ausreichend zur Bekämpfung der Kinderarmut und es müsse mehr getan werden. Dieses Ergebnis zeigt sich auch in der Betrachtung jedes einzelnen soziodemografischen Merkmals (überall 80% und mehr).

Für Save the Children wird daraus ersichtlich: auch Eltern machen klar, dass sie sich nicht mit ein paar Euro mehr gegen Kinderarmut zufrieden zeigen – es braucht mehr.

Breite Mehrheit für weitere Maßnahmen gegen Kinderarmut



Für jede der abgefragten Maßnahmen gegen Kinderarmut gibt es eine absolute Mehrheit an Eltern, die diese für sehr gut oder eher gut geeignet halten. 93% der befragten Eltern sprechen sich für mehr Investitionen in Bildung aus, 83% halten mehr kostenlose Freizeitangebote für geeignet, mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Familien 69% und bessere Informationen und einfachere Möglichkeiten, Sozialleistungen zu beantragen 58%.

Save the Children leitet daraus eine große Unterstützung und Ermunterung an Politik/ alle zuständigen föderalen Ebenen ab, mehr gegen Kinderarmut zu tun. Für die Kinderrechtsorganisation ist klar, dass es eine Gesamtanstrengung geben muss, um die Teilhabemöglichkeiten von allen Kindern zu verbessern. Ein ganzheitlicher Ansatz ist dabei unerlässlich, bei dem finanzielle Unterstützung und der Ausbau von Infrastruktur Hand in Hand gehen.

Politische Forderungen von Save the Children

- Eine einfach zugängliche und teilhabesichernde Kindergrundsicherung für alle Kinder

Save the Children setzt sich dafür ein, dass der Bundestag eine Kindergrundsicherung verabschiedet, die Leistungen u.a. bündelt und vereinfacht. Die in der Umfrage enthaltenen Ergebnisse sehen wir als Auftrag an den Gesetzgeber, ein Gesetz abzuliefern, das mehr ist als Kosmetik im bestehenden System (vgl. [Stellungnahme Save the Children zur Kindergrundsicherung](#) und [Konzept Bündnis Kindergrundsicherung](#)).

- **Eine Neuberechnung des Existenzminimums von Kindern, das soziale Teilhabe ermöglicht**

Die Umfrageergebnisse zeigen auf, dass auch aus Sicht der Eltern mehr für Teilhabe getan werden muss als eine 5-Euro-Erhöhung. Wie im Koalitionsvertrag versprochen, sollte die Regierungskoalition eine systematische Neubestimmung des Existenzminimums von Kindern im Rahmen der Kindergrundsicherung auf den Weg bringen. Dabei sollten auch Kinder selbst nach ihren Bedarfen befragt und in die Reform einbezogen werden.

- **Mehr Investitionen in soziale Infrastruktur und Bildung**

Die soziale Infrastruktur sowie das Bildungssystem sind wesentlich, um allen Kindern Teilhabe- und Zukunftschancen zu garantieren. Statt Sparüberlegungen und Mittelkürzungen, sollte dieses soziale Rückgrat der Gesellschaft finanziell durch Bund, Länder und Kommunen gestärkt werden. Das halten auch Eltern für geeignet. Das Startchancenprogramm des Bundes ist dabei ein guter Anfang, um gezielt Schulen zu unterstützen, in deren Einzugsgebiet eine hohe Anzahl sozioökonomisch benachteiligte Schüler*innen lebt.

- **Eine Gesamtanstrengung gegen Kinderarmut**

Seit Jahren stagnieren die Kinderarmutszahlen auf hohem Niveau und auch die Umfrage macht aus Sicht von Save the Children erneut deutlich, dass es eine Gesamtanstrengung gegen Kinderarmut und für mehr soziale Teilhabe braucht. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der [Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“](#) zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder. Der Bund sollte dieses Instrument stärken und mit finanziellen Mitteln ausstatten, um neue Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe von Kindern zu entwickeln. Zudem müssen alle föderalen Ebenen an einem Strang ziehen und gemeinsam an einer kohärenten Gesamtantwort auf die hohe Kinderarmut arbeiten (vgl. [Ratschlag Kinderarmut 2024](#)).

Ansprechpartner:

Eric Großhaus
Advocacy Manager Kinderarmut und soziale Ungleichheit
eric.grosshaus@savethechildren.de

Kinderarmut und Freizeitaktivitäten

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Vorbemerkung

Im Auftrag von Save The Children hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative bundesweite Befragung unter Eltern zum Thema Kinderarmut sowie zu den Freizeitaktivitäten ihrer Kinder durchgeführt.

In der Befragung wurden Einschätzungen zur künftigen Entwicklung der finanziellen Situation für Familien, die eigenen finanziellen Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und Hobbies der Kinder sowie die Beurteilung von geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Kinderarmut ermittelt. Zudem wurden mögliche Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit eingeschätzt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.000 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Eltern von Schulkindern zwischen 6 und 17 Jahren befragt.

Die Erhebung wurde vom 5. bis zum 27. August 2024 im Rahmen im Rahmen der täglichen telefonischen Mehrthemenumfrage forsa.omnitel durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

1 Künftige Entwicklung der finanziellen Situation für Familien

Zu Beginn der Befragung wurden die Eltern um ihre Einschätzung gebeten, wie sich die finanzielle Situation für Familien in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Insgesamt rund drei Viertel der Eltern (73 %) gehen davon aus, an, dass sich die finanzielle Situation für Familien in den kommenden Jahren sehr (27 %) bzw. etwas (46 %) verschlechtern wird.

13 Prozent glauben, dass sich die finanzielle Situation von Familien weniger verschlechtern wird und 12 gehen von gar keiner Verschlechterung aus.

Eltern mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 Euro geben häufiger als Eltern mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen an, dass sie von einer starken Verschlechterung der finanziellen Situation für Familien in den kommenden Jahren ausgehen.

Eltern, die nicht mit ihrem Partner zusammenleben, meinen ebenfalls häufiger, dass sich die finanzielle Situation für Familien sehr verschlechtern wird, als solche, die mit ihrem Partner zusammenleben.

Einschätzungen zur künftigen Entwicklung der finanziellen Situation für Familien

Die finanzielle Situation für Familien wird sich in den kommenden Jahren...

		sehr verschlechtern	etwas verschlechtern	weniger verschlechtern	gar nicht verschlechtern
		%	%	%	%
Gesamt		27	46	13	12
Region	West	26	47	13	12
	Ost	27	44	14	12
Geschlecht	Männer	25	43	14	14
	Frauen	28	49	12	10
Haushaltsnetto- einkommen (in Euro)	unter 3.000	37	42	12	7
	3.000 bis unter 4.500	30	46	13	10
	mindestens 4.500	21	49	14	14
Ortsgröße (Einwohner)	unter 20.000	28	46	13	11
	20.000 bis unter 100.000	27	50	11	10
	mindestens 100.000	24	43	14	15
Zusammenleben mit Partner	ja	25	47	13	12
	nein	34	42	10	12
Kinder im Haushalt	1	27	44	12	14
	2	24	48	15	12
	3 oder mehr	29	49	11	10

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht/keine Angabe“

2 Finanzielle Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und Hobbies

Auf die Frage, ob sie grundsätzlich die finanziellen Möglichkeiten haben, ihrem Kind bzw. ihren Kindern abwechslungsreiche Freizeitaktivitäten und Hobbies zu ermöglichen, gibt mehr als ein Zehntel (13 %) der befragten Eltern an, diese Möglichkeiten nicht zu haben.

Die große Mehrheit (86 %) gibt an, diese Möglichkeiten zu besitzen.

Frauen geben etwas häufiger als Männer an, nicht über diese finanziellen Möglichkeiten zu verfügen.

Deutlich häufiger als der Durchschnitt aller Befragten sagen Eltern mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 Euro sowie Eltern, die nicht mit ihrem Partner zusammenleben, dass sie finanziell nicht die Möglichkeit haben, ihrem Kind bzw. ihren Kindern abwechslungsreiche Freizeitaktivitäten und Hobbies zu ermöglichen.

Finanzielle Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten und Hobbies

Es haben grundsätzlich die finanziellen Möglichkeiten, ihrem Kind bzw. ihren Kindern abwechslungsreiche Freizeitaktivitäten und Hobbies zu ermöglichen

		ja, habe ich	nein, habe ich nicht
		%	%
Gesamt		86	13
Region	West	87	13
	Ost	85	15
Geschlecht	Männer	90	10
	Frauen	83	17
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro)	unter 3.000	63	37
	3.000 bis unter 4.500	78	21
	mindestens 4.500	97	3
Ortsgröße (Einwohner)	unter 20.000	87	13
	20.000 bis unter 100.000	86	14
	mindestens 100.000	86	13
Zusammenleben mit Partner	ja	89	11
	nein	71	29
Kinder im Haushalt	1	86	14
	2	88	11
	3 oder mehr	81	19

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht/keine Angabe“

3 Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Kinderarmut

Laut offizieller Statistik gilt in Deutschland mehr als jedes fünfte Kind als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Bundesregierung plant nun für das nächste Jahr, das Kindergeld um 5 Euro auf 255 Euro pro Monat und den Kindersofortzuschlag für Familien, die Sozialleistungen beziehen, um 5 Euro auf 25 Euro pro Monat zu erhöhen.

Nur 14 Prozent der befragten Eltern mit Kindern zwischen 6 und 17 Jahren geben an, dass sie die genannten Maßnahmen der Bundesregierung für ausreichend halten. Die große Mehrheit der Eltern (84 %) ist der Meinung, dass die Maßnahmen nicht ausreichen und dass mehr getan werden müsste.

Frauen geben noch etwas häufiger als Männer an, dass die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen und dass mehr getan werden müsste.

Meinungen zu Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Kinderarmut

Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung, das Kindergeld um 5 Euro auf 255 Euro pro Monat und den Kindersofortzuschlag für Familien, die Sozialleistungen beziehen, um 5 Euro auf 25 Euro pro Monat zu erhöhen, sind zur Bekämpfung von Kinderarmut

ausreichend

nicht ausreichend, es müsste mehr getan werden

		%	%
Gesamt		14	84
Region	West	14	84
	Ost	11	86
Geschlecht	Männer	18	80
	Frauen	10	89
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro)	unter 3.000	12	85
	3.000 bis unter 4.500	13	87
	mindestens 4.500	15	83
Ortsgröße (Einwohner)	unter 20.000	15	84
	20.000 bis unter 100.000	11	88
	mindestens 100.000	15	82
Zusammenleben mit Partner	ja	14	84
	nein	13	84
Kinder im Haushalt	1	16	81
	2	12	87
	3 oder mehr	13	86

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht/keine Angabe“

4 Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder

Abschließend wurden die Eltern nach ihrer Meinung zu verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder gefragt.

Fast alle befragten Eltern (93 %) sind der Meinung, dass mehr Investitionen in Bildung sehr oder eher gut zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder geeignet sind. 83 Prozent geben an, dass sie mehr kostenlose Freizeitangebote mindestens eher gut geeignet finden.

Mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Familien halten zwei Drittel der Eltern (69 %) für eine eher oder sehr gut geeignete Maßnahme zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder. 58 Prozent sagen das auch von besseren Informationen und einfacheren Möglichkeiten, Sozialleistungen zu beantragen.

Geeignete Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder (I)

Die jeweiligen Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder halten für:

	sehr gut geeignet %	eher gut geeignet %	weniger gut geeignet %	gar nicht geeignet %
mehr Investitionen in Bildung	79	14	5	2
mehr kostenlose Freizeitangebote	53	30	12	4
mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Familien	31	38	25	4
bessere Informationen und einfachere Möglichkeiten, Sozialleistungen zu beantragen	25	33	28	9

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht/keine Angabe“

Eltern, die nicht mit einem Partner zusammenleben, sind häufiger als mit Partner Zusammenlebende der Meinung, dass mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Familien sowie bessere Informationen und einfachere Möglichkeiten, Sozialleistungen zu beantragen, eher oder sehr gut geeignete Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder sind.

Eltern mit drei oder mehr Kindern geben häufiger als Eltern mit nur einem Kind an, dass sie mehr kostenlose Freizeitangebote als Maßnahme zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder befürworten.

Geeignete Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder (II)

Es halten folgende Maßnahmen zur Unterstützung armutsgefährdeter Kinder für sehr/eher gut geeignet:

		mehr Investitionen in Bildung	mehr kostenlose Freizeitangebote	mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Familien	bessere Informationen und einfachere Möglichkeiten, Sozialleistungen zu beantragen
		%	%	%	%
Gesamt		93	83	69	58
Region	West	93	83	69	59
	Ost	91	85	68	56
Geschlecht	Männer	93	81	66	53
	Frauen	92	86	73	63
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro)	unter 3.000	89	84	70	58
	3.000 bis unter 4.500	95	85	77	64
	mindestens 4.500	93	84	67	59
Ortsgröße (Einwohner)	unter 20.000	93	82	68	54
	20.000 bis unter 100.000	92	84	65	61
	mindestens 100.000	92	85	74	61
Zusammenleben mit Partner	ja	93	83	67	57
	nein	91	83	80	64
Kinder im Haushalt	1	91	79	67	56
	2	93	85	70	62
	3 oder mehr	96	88	72	54